

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF

Bern, 15. März 2023 / JG

Per E-Mail an: [jerome.huegli@sbfi.admin.ch](mailto:jerome.huegli@sbfi.admin.ch)

## Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der Schweizerischen Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität (Movetiagesetz) - Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Förderung von Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen. Sie haben gemeinsam die nationale Agentur Movetia gegründet, die seit 2017 die Fördermassnahmen des Bundes im Bereich Austausch und Mobilität umsetzt und für eine nationale Koordination der Akteure sorgt. Die Einrichtung hat sich bewährt. Um den aktuellen Corporate Governance-Grundsätzen des Bundes gerecht zu werden, muss die Rechts- bzw. Organisationsform der Agentur überarbeitet beziehungsweise in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes überführt werden. FDP.Die Liberalen unterstützen diese Umwandlung und somit die Vorlage selbst.

Gemäss Zweckartikel ist eine Mitwirkung der Kantone vorgesehen. Abgesehen vom Einbezug der EDK bei der Nomination von VR-Mitgliedern oder der Vorbereitung der Strategie ist offen, inwieweit die Kantone in die strategische Steuerung, Organisation und Prozesse einbezogen sind. Entweder ist das im Gesetzestext oder in den Materialien zu klären.

Sodann besteht in gewissen Ländern eine Problematik mit der Anstellung von Schweizer Lehrkräften an Schweizer Schulen, die die Lehrkräfte als private Trägerschaften anstellen. Aufgrund des Lohnniveaus, der Besteuerung und der Sozialversicherung wird zum Teil eine öffentlichrechtliche Anstellung bzw. Entsendung von einem öffentlichrechtlichen Träger verlangt.

Man muss feststellen, dass die Anstellung der Schweizer Lehrkräfte an den Schweizerschulen im Ausland an vielen Standorten mit mehrfachen Risiken behaftet und international nicht rechtsbeständig ist. Eine in der Vorbereitung der Vorlage vorgesehene gesetzliche Grundlage im Movetia-Gesetz wurde wieder verworfen. Damit sind die Probleme aber nicht gelöst. Die FDP erwartet eine Lösungsfindung auf anderem Weg in Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun